

H. Hg. v.  
21.11.11

# Genug Gas für Jahrzehnte

Wozu braucht Deutschland Fracking? / Ev. Kirchenkreis reiht sich bei den Gegnern ein

**RECKLINGHAUSEN.** Die Franzosen gelten nach Meinung von Dr. Manfred Scholle nicht gerade als Musterknaben in Sachen Umweltschutz. Doch was die Nationalversammlung im Juli in Paris entschieden hat, imponiert dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Gelsenwasser AG doch gewaltig: Das Parlament sprach einfach ein konsequentes Fracking-Verbot für ganz Frankreich aus. „Der französische Weg ist der richtige“, sagte Scholle am Samstag bei der Synode des Evangelischen Kirchenkreises in Recklinghausen.

Genau diese Position wird Scholle, der im September aus dem Gelsenwasser-Vorstand ausgeschieden und in den Ruhestand gegangen ist, am heutigen Montag bei der Anhörung im Bundesumweltausschuss in Berlin vertreten, wo der 65-Jährige als Sachverständiger auftritt. Wenn er die Bundespolitiker genauso aufrittelt wie am Samstag die Synodalen in Recklinghausen, müsste Scholle mit seinen Argumenten Erfolg haben. Die evangelische Kirche – im Kirchenkreis Recklinghausen ebenso wie in Westfalen insgesamt – erteilt den Bestrebungen großer Energiefirmen, nach unkonventionellen Gasvorkommen zu suchen und diese durch das sogenannte Fracking zu erschließen, jedenfalls eine klare Absage. „Hier geht es um die Bewahrung der Schöpfung“, betonte Superintendent Peter Burkowski.



Dr. Manfred Scholle

Manfred Scholle hat als Chef der Gelsenwasser AG eine Lawine gegen die Fracking-Pläne der Industrie losgetreten. Deutschlands größter Trink-

wasserproduzent sieht die Versorgung von fünf Millionen Menschen gefährdet. Denn auch die Talsperren in Haltern liegen in den Gebieten, in denen Energieunternehmen gerne Erkundungen vornehmen würden. Doch die NRW-Landesregierung hat die umstrittenen Erdgas-Probebohrungen im Land bis zum Vorliegen unabhängiger Gutachten erst einmal gestoppt. Auch die Bürgermeister der Städte im Kreis Recklinghausen schlossen sich den Fracking-Gegnern an. „Überall finden wir Gehör, nur nicht bei der Bundesregierung“, bedauerte Scholle.

Als Gelsenwasser-Chef hatte sich Scholle in den USA persönlich ein Bild von der unkonventionellen Erdgas-Gewinnung gemacht. Er berichtete den Synodalen von sechs Bohrungen auf einer Fläche von ei-

nem Quadratkilometer. In jedes Loch würden fünf bis zehn Millionen Kubikmeter Wasser gepumpt, versetzt mit Tonnen teilweise giftiger Chemikalien. „Das Wasser kommt wieder hoch und keiner weiß, was er damit machen soll. Denn es gibt kein Klärwerk, das dieses Wasser reinigen könnte.“ Die Brühe einfach wieder in den Boden zu pressen, würde zu einer dauerhaften Belastung des Grundwassers führen, meinte Scholle, der auch Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen ist. Neben den Fol-

## „Eine weitere Ewigkeitslast“

gen des Bergbaus, so Scholle, hätten nachfolgende Generationen dann noch eine weitere Ewigkeitslast zu tragen.

Als Sachverständiger wird der ehemalige Gelsenwasser-Chef heute in Berlin für ein Fracking-Verbot zumindest in Wassereinzugsgebieten plädieren und eine Anpassung des veralteten Bergrechts fordern. Nach der alten Gesetzeslage bedarf es für das Fracking noch nicht einmal einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Scholle hofft jedoch, dass die Bundesregierung den französischen Weg mitgeht. „Wir brauchen das unkonventionelle Erdgas in den nächsten 20 bis 30 Jahren doch überhaupt nicht“, meinte Scholle. Und bis dahin gebe es möglicherweise Verfahren, dieses Gas umweltfreundlich zu fördern.

Michael Wallkötter

## **i** Stichwort: Fracking

› Das umstrittene „Fracking“ ist ein Verfahren zur Gewinnung von Erdgas, das in tiefen, dichten Gesteinsporen sitzt. Bei einem „Frac“-Vorgang wird das Gestein mit hohem hydraulischen Druck aufgebrochen. Erst seit einigen Jahren lohnt es sich dank moderner Bohrtechniken, dieses aufwendige Verfahren auch für Erdgas-Vorkommen anzuwenden, die in Hunderten bis Tausenden Metern Tiefe an Kohleflöze oder Schiefergesteine gebunden lagern.

› Bei der Förderung dieser Vorkommen wird ein Gemisch, das aus Wasser, Sand und Chemikalien besteht, in den Böden gepresst. Dadurch entstehen Risse im Gestein, durch die das Gas entweichen und an die Oberfläche gelangen kann.

› Vor allem in NRW und Niedersachsen haben sich Energie-Unternehmen vermehrt Flächen gesichert, auf denen sie theoretisch nach solchen Erdgasquellen suchen dürfen. Dazu brauchen sie aber immer eine Genehmigung von der zuständigen Bergbaubehörde. Vier Anträge betreffen den Kreis Recklinghausen: Dorsten, Marl, Oer-Erkenschwick und Haltern am See, hier auch das Trinkwasserschutzgebiet rund ums Wasserwerk Haltern.